

Hamburg ist nicht Berlin

Micha Wendt über den Zustand der CDU hier und da, und warum Zweifel angebracht sind bei der Beurteilung von schwarz-grün in Berlin und anderswo.

Seite 2

Netzwerk Kinderschutz

Kinder brauchen Schutz und die Jugendämter qualifiziertes Personal, meint die Neuköllner Jugendstadträtin Gabriele Vonnekold.

Seite 3

Stadtzerstörung durch Autobahnbau

Welche Folgen hat die Verlängerung der A100 nach Treptow und wie beurteilt der BUND Berlin dieses Projekt, das teurer als der Transrapid ist...

Seite 6

Neuköllner Stachel

Bündnis 90/Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln

Nr. 165, Mai/Juni 2008

Tempelhof ist Geschichte

Volksentscheid gescheitert - In vielen Stimmbezirken im Neuköllner Norden: Mehrheit für Schließung - Jetzt geht's um eine sinnvolle Nachnutzung

Der erste berlinweite Volksentscheid „Tempelhof bleibt Verkehrsflughafen“ ist mit einer Schlappe für die Initiatoren geendet. Von den Abstimmenden haben zwar 60 Prozent für das Volksbegehren und 40 Prozent dagegen gestimmt. Es wären aber mindestens 610.000 Ja-Stimmen (25 Prozent der wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner) erforderlich gewesen, doch am Ende kamen nur 530.000 zusammen.

Beim Thema Tempelhof zeigt sich Berlin immer noch als geteilte Stadt. Die Instrumentalisierung des Luftbrückengedenkens hat in den westberliner Bezirken mit Zustimmung von teilweise deutlich über 70 Prozent verfangen, im

tober endlich geschlossen werden. Das bedeutet weniger Lärm, Dreck und Absturzgefahren für die Anwohner. Zum anderen hat sich gezeigt, dass weder Werbemillionen noch die mediale Dauerpropaganda - vor allem

Die Initiatoren des Volksentscheides haben sich indes komplett unglaublich gemacht. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Friedbert Pflüger hatte sich an die Spitze der Tempelhof-Kampagne gesetzt, obwohl die CDU selbst im Widerspruch zur Intention des Volksbegehrens gar keinen Verkehrsflughafen, sondern lediglich einen Geschäftsflughafen fordert. Die ICAT war sich für nichts zu schade, die millionenschwere Kampagne hatte gerade in den letzten Tagen vor der Abstimmung jedes Maß verloren. Wahrheitswidrig behauptete sie schon in der zusammen mit der Wahlbenachrichtigung verschickten Argumentation, wer nicht am Volksentscheid teilnehme, stimme automatisch mit Nein. Damit hätten sich - nach ICAT-Argumentation - 80 Prozent der Berliner für die Schließung von Tempelhof ausgesprochen. Glücklicherweise mehren sich inzwischen die Anzeichen, dass auch die CDU das Scheitern des Volksentscheides akzeptieren wird und damit endlich Ruhe einkehren kann in Neukölln und Tempelhof.

Bündnis 90/Die Grünen haben dagegen eine sachliche und argumentative Debatte geführt und damit auch gezeigt, dass für uns Inhalte vor Kalkül gehen.

Nach der Schließung...

Nun geht es um die Nachnutzung: Der größte Teil der Fläche muss unbebaut bleiben; die Freifläche hat als Frischluftschneise eine wichtige stadtklimatische Funktion und soll von allen Berlinerinnen und Berlinern genutzt werden können. Das in großen Teilen seit langem leer stehende Gebäude soll endlich genutzt werden. Nach der Schließung wird es deutlich einfacher werden, ein sinnvolles Nutzungskonzept z.B. unter Einbeziehung der Filmstudios Babelsberg zu entwickeln.



Auf dem Areal muss auch die Erinnerung an die Luftbrücke ihren Platz finden.

Wir werden dem Senat bei der Nachnutzung nun genau auf die Finger schauen und einen demokratischen und transparenten Prozess einfordern.

Jochen Biedermann

Neuköllns schöne Seiten

Ein Blick von oben...

Gute Aussichten vom Rathausurm



Jede und jeder hat wohl schon die Erfahrung gemacht: Von oben gesehen sieht alles ganz anders aus, und immer kleiner. Auch Probleme verlieren - so gesehen - manchmal ihre Größe. Allerdings schärft die Draufsicht auch den Blick für das Wesentliche, für das Besondere. So kann es einem auch ergehen, wenn man vom Turm des Neuköllner Rathauses sich einen „Über“-Blick über seinen Bezirk verschafft. Erst dann wird dem Betrachter bewusst, erstens wo Probleme liegen, und zweitens - und das ist manchmal ebenso wichtig - wo die Reize und die Schönheiten des Betrachteten liegen, sich vielleicht bislang verborgen haben...

Neuköllns schöne Seiten also mal von oben gesehen. Im vorliegenden Fall, das heißt im obigen Bild fällt der Blick vom Rathausurm auf eine der Lebensadern des Bezirks, auf die Karl-Marx-Straße. Nicht nur, dass sich schon oft Menschen, meist solche mit nachgewiesener konservativer Grundprägung, über den Namen „hergemacht“ haben, auch das Erscheinungsbild der Straße hat in den vergangenen Jahren oft Anlass zu harscher Kritik gegeben. Mag der Blick aus der Vogelperspektive diesen Eindruck leicht verklären, Neuköllnerinnen und Neu-

köllner wissen um die Probleme dieser Straße. Wen wundert es da, wenn Politiker sich ernsthaft Sorgen machen um den Zustand „ihrer“ Karl-Marx-Straße. Immer wieder gab es in den vergangenen Jahren Ansätze für Korrekturen am Erscheinungsbild dieser Straße. Bürgermeister und Baustadträte der verschiedenen „politischen Farben“ im Bezirksamt warteten mit diesbezüglichen Vorschlägen auf. Vom Facelifting bis zur grundlegenden Veränderung ist alles schon mal „gedacht“ worden.

Nun ist auf Initiative der derzeit „herrschenden Bezirksregierung“ mit Unterstützung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung ein neues Gedankenspiel zur Umgestaltung der Karl-Marx-Straße eröffnet worden. Unter Einbeziehung aller möglichen Akteure, Anwohner, Geschäftsleute, Eigentümer, Stadtplaner, wird in einer „Voruntersuchung“ erkundet, wie der Karl-Marx-Straße wieder „auf die Beine geholfen“ werden kann. Alle Beteiligten hoffen, dass diese vormals in ganz Berlin als höchst attraktiv bekannte Einkaufsstraße wieder zu ihrer früheren Bedeutung zurück finden möge. Die Karl-Marx-Straße mit ihrer bunten, ethnischen Vielfalt - 150 Nationen leben hier und in der näheren Umgebung - schreibt förmlich danach... jüb



Bald gehen am Check-in die Lichter aus... Foto: jüb

Osten gab es dagegen fast durchweg eine Mehrheit für die Schließung.

Neukölln ist gespalten

Im Norden Neuköllns stimmten fast 50 Prozent für die Schließung, ein für westberliner Verhältnisse sehr hoher Wert. In vielen Stimmbezirken gab es sogar Mehrheiten für die Schließung. Anders sieht die Situation im Süden Neuköllns aus: in Buckow und Rudow sprachen sich über 80 Prozent für die Offenhaltung aus. Damit ist die Behauptung der Initiatoren des Volksentscheides, in unmittelbarer Flughafennähe würden besonders viele für eine Weiterführung des Flugbetriebs stimmen, klar widerlegt.

Der Ausgang des Volksentscheides ist in mehrfacher Hinsicht eine gute Nachricht. Zum einen kann der Flughafen Tempelhof nach zahlreichen Terminverschiebungen nun Ende Ok-

tober zu Springer gehörenden Berliner Morgenpost und B.Z. - ausreichen, einen Volksentscheid zu gewinnen. Dabei hat es der Interessengemeinschaft City-Airport Tempelhof (ICAT) sowie CDU und FDP auch nicht geholfen, dass sie den Volksentscheid in den letzten Wochen vor dem Entscheid zu einer Abstimmung gegen den rot-roten Senat machen wollten.

Kritik am rot-roten Senat

Dabei gibt es an dessen Politik in Punkto Tempelhof eine Menge zu kritisieren: viel zu spät, dann aber mit Hektik hat der Senat die Nachnutzungsdebatte angestoßen. Auch dass das Areal zunächst systematisch schlecht geredet und dann plötzlich als Filetstück vermarktet wurde, zeugt von politischer Instinktslosigkeit, die arroganten Äußerungen Wowereits taten ein Übriges.

Ristorante - Pizzeria
hausgemachte Nudeln
selbst importierte Weine
Steinofenpizza
Fischspezialitäten

Erkstr. 10 - 12043 Berlin
Tel.: 030 / 68 08 79 46

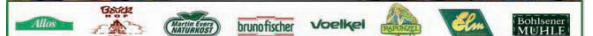


Berlins großer Bio Discount

Bio-Markenprodukte
Abholmarkt
Dauermedienpreise
Fachberatung
Ideal für den großen Bedarf



BIG BIO DISCOUNT
natürlich intelligent einkaufen



Bergiusstr. 36 (Autobahn 100, Abfahrt Grenzallee) · 12057 Berlin
Mo-Fr 13-19 u. Sa 9-14 Uhr · Telefon 030/68 05 66 61 · www.big-bio.net

Michael Cramer, Mitglied des Europa-Parlaments:

Bericht aus Brüssel



Berliner haben ein besseres Gedächtnis als die CDU...

Der Volksentscheid zum Weiterbetrieb von Tempelhof ist gescheitert, das notwendige Quorum wurde um fast 80.000 Stimmen verfehlt. Die Berliner Bevölkerung erwies sich damit klüger als die CDU. Der übergroße Teil folgte der CDU-Einschätzung - „wer wegbleibt, stimmt mit Nein“ - oder votierte in der Wahlkabine gegen den Weiterbetrieb des Flugverkehrs in Tempelhof. Der Schließung am 31. Oktober 2008 steht nun nichts mehr im Wege - 500.000 Berlinerinnen und Berliner bleiben ab dem 1. November 2008 von Fluglärm, Umweltverschmutzung und Sicherheitsrisiken verschont. Der Himmel über Berlin wird endlich frei.

Offensichtlich haben die Berliner ein gutes Gedächtnis und ließen der CDU den eklatanten Wortbruch nicht durchgehen. Denn sie wussten, dass Angela Merkel, Eberhard Diepgen und Ingo Schmitt der Schließung von Tempelhof mit der Zustimmung zum Konsensbeschluss 1996 das Ja-Wort gegeben haben: als Bundestagsabgeordnete im Deutschen Bundestag, als Regierender Bürgermeister, der ihn unterschrieben, oder als Berliner Staatssekretär, der ihn umgesetzt hat. Dass diese führenden CDU-Mitglieder sich heute gegen ihr eigenes Votum aussprechen, als wäre nichts gewesen, haben die Berliner nicht goutiert.

Aber nicht nur die CDU steht im Regen. Blamiert hat sich auch der Axel-Springer-Verlag mit einer beispiellosen parteipolitisch motivierten Medienkampagne, die mit seriösem Journalismus nichts zu tun hat. Nach der Rudi-Dutschke-Straße vor der Haustür hat sich der Verlag nun auch bei Tempelhof verspekuliert. Friedbert Pflüger hat Recht, der „Kampf geht weiter“. Die Öffentlichkeit verlangt eine gründliche Aufklärung über die millionenschwere Medienkampagne und will erfahren, wer wie viel wofür und warum zahlte.

Es gibt Wichtigeres als den Weiterbetrieb eines überholten innerstädtischen Flughafens. In vielen Berliner Schulen stinken die sanitären Verhältnisse buchstäblich zum Himmel. Wer so etwas ignoriert und 10 Millionen jährlich ausgeben will, damit ein Bruchteil der 1.000 täglichen Fluggäste einen kürzeren Weg zum Airport hat, dem wurde zu Recht die rote Karte gezeigt.



Zur Diskussion:

Warum „Hamburg“ in Berlin nicht geht

Berliner CDU ohne großstädtisch-liberales Format

Hamburg wird wohl nun schwarz-grün regiert, und es wird - egal ob als Vorbild betrachtet oder nicht - bundesweit unter Beobachtung stehen. Diverse Zeitungskommentare formulieren, das Besondere an Hamburg sei die großstädtisch-liberale CDU, und für die Grünen ginge es darum, sich aus der „babylonischen Gefangenschaft“ der SPD zu befreien. Wenn diese Einschätzungen richtig sein sollten, wäre das Grund genug, die Sache doch auch in der Großstadt Berlin einmal genau unter die Lupe zu nehmen.

Getreu dem Motto, dass in jeder Krise auch eine Chance stecke, waren die Chancen der Berliner CDU zu einer Erneuerung vor einigen Jahren geradezu gigantisch: Das alte Machtzentrum um Diepgen und Landowsky war politisch erledigt und ihre politischen Ziehkinder - allen voran Frank Steffel - hatten ein verheerendes Wahlergebnis eingefahren.

Politischer Import

Mit Friedbert Pflüger kam ein politischer Import nach Berlin, der durchaus Beachtung verdiente: Frei von der Mentalität der alten westberliner Frontstadt-CDU, als Außenpolitiker der Bundestagsfraktion mit internationaler Orientierung und - darauf weist er selbst immer wieder gerne hin - als Autor eines Buches mit ökologischer Orientierung. Als politischer Import war er zwar ohne Hausmacht in der Berliner CDU, aber im Zuge des Hauptstadtdumzug gab es eine ganze Reihe von zugereisten CDU-Mitgliedern, die ihrerseits mit den Machtgeflechten der alten westberliner CDU ihre Probleme hatten und als Potenzial für eine Modernisierung der Landespartei zur Verfügung standen.

Nachdem der schnelle politische Erfolg ausblieb und auch die Umfragewerte der CDU in Berlin nicht wirklich besser wurden, schien die Auseinandersetzung um den Flughafen Tempelhof eine neue Chance zu bieten. Der Volksentscheid ist ge-

scheitert, aber dennoch bleibt die Frage im Raum, ob nicht zumindest ein parteipolitischer Erfolg der CDU zurück bleibt.

Antworten

Diese Frage verdient zwei unterschiedliche Antworten. Subjektiv betrachtet bleibt vielleicht zunächst ein Erfolg für die CDU, denn erstmals ist es ihr seit dem Abgang von Diepgen gelungen, Wovoreit zumindest in die Nähe einer politischen Niederlage zu bringen. Das dazu eine gigantische Materialschlacht erforderlich war und auch die Selbstgefälligkeit des Regierenden Bürgermeisters ihren Anteil hatte, dürfte nur wenig an diesem Erfolgsgefühl kratzen.

Strategisch muss für diesen „CDU-gefühlten Erfolg“ ein zweifacher Preis bezahlt werden. Lassen wir hier mal bei Seite, dass die Auseinandersetzung um den Flughafen nun nicht gerade geeignet war, eine inhaltliche Annäherung zwischen Grünen und CDU herbei zu führen, bleibt ein weiteres Problem für die CDU und speziell für ihren Spitzenmann. Die Beschwörung der Luftbrücken-Erinnerung verschaffte der Tempelhof-Kampagne der CDU einen erheblichen Mobilisierungsschub, obwohl die Flughafenegner nie den Abriss der Hungerkralle oder die Verschrottung des Rosinenbombers gefordert haben. Durch die völlige Überhöhung dieses Scheinarguments wurde die Flughafenkontroverse zum

Ost-West-Thema und war plötzlich auf die traditionalistischen Kräfte innerhalb der alten westberliner CDU angewiesen. Genau die haben nun ihre Bedeutung für die relative Mobilisierungsfähigkeit der CDU in Berlin bewiesen und so steckt die CDU in dem Dilemma, dass genau die Kräfte innerparteilich an Bedeutung gewonnen haben, die ihrer Modernisierung am heftigsten im Wege stehen. Und damit ist wohl bis auf Weiteres die Entwicklung hin zu einer CDU mit großstädtisch-liberalem Image à la Hamburg erledigt und Herr Pflüger befindet sich nun erstmal selbst in „babylonischer Gefangenschaft“ der alten westberliner Bezirksfürsten seiner eigenen Partei. Wer in der Schließung des Flughafens Tempelhof vornehmlich einen Akt des Anti-Amerikanismus sieht und eine Rudi-Dutschke Straße am Springer-Hochhaus noch immer nicht ertragen kann, ist im Berlin des 21. Jahrhunderts nicht angekommen. Im Berlin des 21. Jahrhunderts muss die CDU eine Rudi-Dutschke-Straße halt ertragen können, genau so, wie die damalige PDS nun mal die Ehrenbürgerschaft für Wolf Biermann ertragen musste. So geht Geschichte!

Gute Gründe für Zweifel

Es gibt aus meiner Sicht eine ganze Reihe von guten Gründen, an Sinn und Tragfähigkeit von schwarz-grün in Hamburg zu zweifeln. Wer dennoch Spekulationen über vergleichbare Lösungen für Berlin anstellen möchte, kommt an einer ernüchternden Feststellung nicht vorbei: Die Berliner CDU kommt nur dann „in Bewegung“, wenn es um die Grabenkämpfe der Vergangenheit geht. Viel zu wenig, um gemeinsam über Zukunftsgestaltung für unsere Stadt zu reden.

Micha Wendt

Sicher über die Straße?

Zweiter U-Bahn-Ausgang in Rudow unsicher für Fußgänger

Ende Mai soll es endlich soweit sein: der U-Bahnhof Rudow erhält seinen zweiten Ausgang. Der ist nicht erst seit dem verheerenden Brand auf der Station Deutsche Oper, wo es beinahe zu einer Katastrophe gekommen wäre, aus Sicherheitsgründen zwingend erforderlich.

Die Rudower freuen sich, dass ihr U-Bahnhof - übrigens der letzte in ganz Berlin ohne einen zweiten Ausgang - nun auch Eingang in das Sicherheitskonzept von Senat und BVG gefunden hat. Diese Baumaßnahme ist zwar seit langem geplant gewesen, doch „was lange währt wird endlich gut“. Wirklich gut? Planung und Ausführung dieses Projektes scheinen mit erheblichen Mängeln behaftet zu sein. Dies findet auch ein ehemaliger Bezirkspolitiker, einst nicht nur Tiefbauamtsleiter im Bezirk Schöneberg, sondern auch jahrelang Vorsitzender des Ausschusses für Verkehr und Tiefbau der Bezirksverordnetenversammlung Neukölln. Der ausgewiesene Verkehrsexperte, Manfred Bartz (CDU), bemängelt das „Sicherheitskonzept“ für die Nutzer des neuen U-Bahn-Ausganges. Weder



Baustelle für den neuen Ausgang

Foto: jüb

eine Ampelanlage, noch ein Fußgängerüberweg, ganz zu schweigen von Bordsteinabsenkungen oder einer Geschwindigkeitsbeschränkung, sind zum Schutz der Fußgänger geplant! Dabei liegt der U-Bahn-Ausgang auf der Mittelinsel der stark befahrenen Neuköllner Straße, wo nicht selten die Tempo-50-Regelung glibblich missachtet wird. Bartz sieht hier ein frapierendes Sicherheitsrisiko. BVG und die Verkehrsbehörde wiegeln jedoch ab. Der zweite Ausgang sei doch nur als Notausgang gedacht. Eine weitere Ampelanlage sei überflüssig, denn es gäbe bereits im Abstand von etwa 50

Metern zwei Ampeln, an der Rudower Spinne und am Aufzug. Die Möglichkeit, mehrere Ampeln hintereinander so sinnvoll zu schalten, dass der „fließende Verkehr nicht unnötig behindert wird“, ist den Verantwortlichen wohl nicht einsichtig. Schade eigentlich: Wo doch der Senat gegenwärtig Faltblätter in der Stadt verteilen lässt mit dem Thema *Sicher über die Straße*. Zitat: „...Die Sicherung der Fußgänger beim Überqueren der Fahrbahn ist ...eine der wichtigsten Aufgaben von Straßenverkehrsbehörden, Polizei und Tiefbauämtern.“ Die Rudower werden das mit Interesse lesen.

jüb

Grüne Positionen...

Das politische Bezirksamt muss kommen

Die SPD will künftig nach Bezirkswahlen Koalitionen bilden, um die Mehrheit im Bezirksamt zu bestimmen. Eine „eierlegende Wollmilchsaure“, die es allen recht machen will und dennoch das programmierte Chaos schaffen wird. Das jedenfalls meint Thomas Birk, grüner Abgeordneter und Sprecher für Verwaltungsreform. Da die Opposition auch weiterhin am Bezirksamt beteiligt werden soll, ändert sich zunächst an den gegenseitigen Blockaden nichts. Jetzt soll aber noch eine weitere hinzukommen. Denn die BezirksbürgermeisterInnen sollen ein Veto- und Aufschubrecht im Bezirksamt und ein Antrags- und Vorschlagsrecht gegenüber der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) erhalten. Wozu, wenn sie doch eine Mehrheit im Bezirksamt haben? Das Bezirksamt wird von der durch Wahlen legitimierten BVV gewählt. Diese Wahl der Bezirksamtsmitglieder soll endlich auch der politischen Mehrheit in der BVV entsprechen. Grüne fordern deshalb: Das politische Bezirksamt muss kommen - ohne Mätzchen und faule Kompromisse!



Bezirksgruppe Neukölln, Kontakte:
Vorstandssprecher:
Jochen Biedermann,
Tel: 0163 2891707
Postadresse: Bündnis 90/Die Grünen,
Postfach 440629, 12006 Berlin

Internet:
<http://www.gruene-neukoelln.de>
Mail: vorstand@gruene-neukoelln.de

Bezirksgruppe:
Alle 14 Tage dienstags um 19 Uhr, in der Geschäftsstelle der Grünen, Berthelsdorfer Str. 9 (nächsten Termin bitte telefonisch erfragen).

Kontakttelefone
Ausländerpolitik/Immigration und Jugend, Kinder, Schule:
Susanna Kahlefeld, 687 82 12
Stadtentwicklung, Grünflächen:
Jürgen Biele, 663 56 40

Frauen:
Carola Scheibe-Köster, 68 09 27 73

Gesundheit, Umweltschutz:
Gabriela Gebhardt 603 77 54

Homepage der Bezirksgruppe:
Jochen Biedermann, 0163 2891707

Soziales und Verkehr:
Bernad Szczepanski, 625 72 54

Wirtschaft:
Peter Klopp, 61303985



Herausgeber: Bündnis 90/Die Grünen, Bezirksgruppe Neukölln

Verantwortlicher Redakteur i.S.d.P.:
Jürgen Biele (jüb),

Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:
Gabriele Vonnokold, Michael Cramer, Micha Wendt, Jochen Biedermann, Bertil Wewer.

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen in Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt der jeweilige Autor die Verantwortung.

Redaktionsadresse: Neuköllner Stachel, Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin

Anzeigenleitung:
Gabriela Gebhardt, 603 7754,
Mail: gabi.gebhardt@snaflu.de

Grüne Randnotizen aus der Bezirksverordnetenversammlung

Die April-Sitzung der Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung (BVV) begann mit einer schon Tradition gewordenen Einwohnerfragestunde, einst von der grünen Fraktion initiiert. Hier haben mehrmals im Jahr Neuköllnerinnen und Neuköllner die Gelegenheit, Fragen an das Bezirksamt und die BVV zu richten. Diesmal standen Fragen zur Verkehrssicherheit, zur Gebührenordnung bei Nutzung öffentlicher Einrichtungen sowie zu diversen Baumaßnahmen im Vordergrund.

Ärgerlicher Streit

Der Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) berichtete über einen besonders ärgerlichen Streit mit dem Nachbarbezirk Treptow-Köpenick. Worum geht es? Die Firma Mercedes plant ein Service-Center für LKW – eine Investition über 50 Millionen Euro und die Schaffung von 500 Arbeitsplätzen. Für dieses Projekt hatte sich Treptow-Köpenick mit dem Standort Adlershof beworben. Doch Mercedes will lieber in die Rudower Kanalstraße, auf das ehemalige Eternitgelände. Um dies zu verwirklichen und die verkehrliche Belastung auf benachbarte Wohngebiete möglichst gering zu halten, müsste die Zufahrt zu dem Service-Center über eine Brache im ehemaligen Grenzstreifen geführt werden. Diese Brache gehört dem Bezirk Treptow-Köpenick, und dieser verweigert die Nutzung und damit die Möglichkeit, Investition und Arbeitsplätze in Neukölln entstehen zu lassen. Buschkowsky reagierte empört und höchst verärgert über diese Provinz-Posse aus dem Nachbarbezirk. Er bat – und das widerspricht eigentlich seiner Forderung nach Eigenständigkeit der Bezirke – den Senat, die Entscheidung über diesen Streit „an sich zu ziehen“ und für Neukölln zu entscheiden. Ende offen...



zeilichen Auskunft verurteilte Buschkowsky für das Bezirksamt Neukölln diesen Anschlag auf das Schärfste. Die BVV zollte dem Beifall, nur die NPD-Verordneten schwiegen...

Eile mit Weile?

Viel zu langsam geht dem CDU-Bezirksverordneten Werner Eichholz die Umsetzung des Verkehrskonzeptes in Rudow-Stüd voran, und warum wurde nicht stärker auf Anregungen aus der Bevölkerung eingegangen. Seine diesbezügliche Mündliche Anfrage beantwortete Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) mit dem Hinweis auf notwendige, zeitraubenden Schriftverkehr mit der Verkehrsbehörde des Landes Berlin und Anhörungen wegen Maßnahmen, die mit Brandenburg (Landkreis Dahme-Spreewald) abzusprechen sind. In Bezug auf die Anregungen der Anwohnerinnen und Anwohner konnte Blesing auf die Berücksichtigung von Vorschlägen verweisen: Die Einbahnstraßenregelung in der Schönfelder Straße wird die Zufahrt zum Sportplatz berücksichtigen, die Halteverbote werden nach Abstimmung mit der BVG angeordnet und Tempo 30 für die Groß-Ziethener Chaussee wurde mit Nachdruck an die Verkehrslenkung weitergeleitet. Selbst auf das Radrennen zu Pflingsten wird das Tiefbaumat Neukölln Rücksicht nehmen...

Nord-Neukölln verloren?

Die CDU wollte mit einer Großen Anfrage wissen: Wie verloren ist Nord-Neukölln? Der Bezirksverordnete Felix Kulick erinnerte an die Behauptung vom Landesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, „dass Teile Neuköllns für Berlin verloren“ seien. Wie bewerte das Bezirksamt diese Äußerung, besonders im Zusammenhang mit früheren Aussagen des Bezirksbürgermeisters, „wir hätten in Nord-Neukölln slumähnliche Tendenzen und Parallelgesellschaften“. Und dies alles in Kenntnis der Ergebnisse des Monitoring Soziale Stadtentwicklung Berlin 2007, „das eine fast abgeschlossene Segregation (= Absonderung ganzer Bevölkerungsgruppen) für den Neuköllner Norden“ und in einigen Gebieten „eine Stabilität auf niedrigstem Niveau attestiert“.

In seiner Antwort wies Buschkowsky darauf hin, dass er scharfe Kritik an den Äußerungen des Polizei-Gewerkschaftlers geübt habe, „denn sie sind hanebüchender Unsinn“. Er habe die

Verfestigung von Parallelgesellschaften und Probleme der Jugendkriminalität nie gelehrt und wisse wohl, „dass unsere Gesellschaft noch einen erheblichen Nachholbedarf für eine tatsächlich zupackende und wirksame Integrationspolitik hat, und dafür habe er auch Neukölln-Nord als Zeuge benannt.“ Die große Politik leide nach wie vor unter Wirklichkeitsverweigerung. Und die hysterische und absurde Feststellung eines Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft ist „Rufmord an 150.000 Menschen...“ In einer anschließenden, sehr emotional geführten Debatte tat sich einmal mehr der Fraktionsvorsitzende der CDU, Falko Liecke, hervor. Nicht nur dass er Buschkowsky als üblen Populisten beschimpfte, er versuchte sich auch mit einer Mit-Urheberschaft für ein Neuköllner Leuchtturm-Projekt, den Campus Rütli, zu schmücken. Das fand Buschkowsky nun unerhört, denn „in Ihrem Kopf ist Campus Rütli nicht entstanden“!

Autobahnpläne auch in Neukölln auslegen

Nicht auf begeisterte Zustimmung beim Zählgemeinschaftspartner SPD traf ein Antrag des grünen Bezirksverordneten Bernd Szczepanski: Das Bezirksamt wird gebeten, sich dafür einzusetzen, „dass die Auslegung der Pläne im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Verlängerung der A100... zusätzlich im Rathaus Neukölln oder einem anderen zentral gelegenen öffentlichen Gebäude erfolgt“. Bei der Begründung des Antrages machte Szczepanski die BVV mit den Schrecklichkeiten dieser Planung nochmals bekannt: Stadtzerstörung, Kleingarten- und Wohnraumvernichtung, Verkommen der Sonnenalle zur Autobahnausfahrt... Das mochten die Bezirksverordneten von CDU, SPD, FDP und Grauen nicht hören und monierten eine „unangemessen ausufernde“ Begründung des Antrages. Dennoch stimmten die meisten dem grünen Antrag zu, nur nicht die FDP. Und auch die SPD konnte sich nur zu einer Enthaltung durchringen. Wen wundert's, sie war noch für jede Autobahn!!



Die Neuköllner Jugendstadträtin hat das Wort:

Kinder brauchen Schutz

von Gabriele Vonnekold



untersuchungen verschafft uns neue Informationen darüber, in welchen Familien möglicherweise Beratungs- und Hilfebedarf bestehen, sie können aber nur bei einer vernünftigen Personalausstattung wirksam werden.

Personal im Jugendamt nicht überfordern

Bei allen geplanten Maßnahmen läuft es auf das Selbe hinaus: es werden richtige fachliche Standards gesetzt, aber die zusätzliche Umsetzung wird von den viel zu wenigen, schon jetzt bis an die äußersten Grenzen belasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort erwartet, das führt zu einer unverantwortlichen Überforderung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt, sind sich sehr bewusst, dass von der Qualität ihrer Arbeit im Extremfall Leben und Gesundheit von Kindern abhängen, sie werden eben nicht nur Akten. Die Begleitung von Familien in krisenhaften Situationen kann schon grundsätzlich eine hohe psychische Belastung mit sich bringen. Wenn dazu noch die Angst kommt, wegen Überlastung eine Situation nicht mehr schnell genug überprüfen oder notwendige Informationen nicht rechtzeitig einholen und auswerten zu können, kann diese Belastung unerträglich werden. Zusätzliche Aufgaben und Qualitätsverbesserungen im Kinderschutz erfordern mehr Menschen, wenn sie ernst gemeint sind. Deshalb brauchen die Jugendämter dringend die Möglichkeit, zusätzliche Sozialarbeiter einstellen zu dürfen. Die Genehmigung einzelner Einstellungen durch die Senatsverwaltung für Finanzen dauert gegenwärtig viele Monate, inzwischen haben dann schon wieder etliche Mitarbeiter das Jugendamt in den Ruhestand verlassen. Auf Grund der ungünstigen Altersstruktur im Öffentlichen Dienst und des seit etlichen Jahren praktizierten Einstellungsstopps verschärft sich diese Situation stetig weiter.

Um die Sicherheit und die angemessene Pflege und Förderung der Kinder zu garantieren, braucht es gute gesetzliche Grundlagen, aber vor allem eine ausreichende Zahl von Fachleuten, um Probleme in Familien rechtzeitig zu erkennen, passgenaue Hilfen zu organisieren und ihren Erfolg zu kontrollieren. Immer mehr Kinder brauchen Schutz und Hilfe, denn wir sind gerade erst dabei, ein viel zu lange als „privat“ und „Familienangelegenheit“ vor den Blicken der Öffentlichkeit verschlossenes Feld zu beleuchten.

Der Neue in der BVV Neukölln

Seit kurzem hat die bündnisgrüne Fraktion in der Neuköllner BVV ein neues, altes Mitglied. Für die ausgeschiedene Susanna Kahlefeld - sie hatte ihr Mandat aus beruflichen Gründen niedergelegt - rückte Horst Voigt nach. Neues und altes Mitglied, weil Horst schon in der vergangenen Wahlperiode einige Zeit der grünen Fraktion angehörte.

Horst Voigt, Jahrgang 1957, gelernter Feinblechner, war lange Zeit kaufmännischer Angestellter eines großen Handelsunternehmens und dort vier Jahre als Betriebsrat tätig, bis zur Schließung des Hauses. Zur Zeit ist er arbeitslos.

Horst Voigt über sich selbst: „Ich bin gegen eine Politik des Neoliberalismus,

die nur den großen Konzernen Vorteile schafft. Ich bin gegen die Auflösung des Kündigungsschutzes, gegen die Abschaffung der Tarifautonomie. Arbeit muss sich lohnen. Deshalb Mindestlöhne vereinbaren! Ich bin für eine Bürgerversicherung, in die alle entsprechend ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einzahlen. Ich setze mich für eine soziale und gerechte Marktwirtschaft ein, damit es in Neukölln wieder mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze gibt. Ich stehe für ein modernes und kulturelles, grünes Neukölln, damit Vielfalt in Neukölln gewährleistet ist. Neukölln als eine Begegnungsstätte aller Nationalitäten, dafür möchte ich streiten.“ Als Mitglied in den Ausschüssen für

Wirtschaft und Sport will Horst Voigt, zusammen mit den übrigen Mitgliedern der Fraktion, für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche und kulturelle Verbesserungen im unserem schönen Neukölln eintreten. „Keine Trennung von Nord- und Süd-Neukölln“, fordert Voigt, „denn Grün ist für ganz Neukölln offen.“



Horst Voigt im Wahlkampf mit guten Argumenten, der Neuköllner Stachel ist immer dabei.

Bahnagentur Schöneberg

Reisetreff Wir bringen Sie in Fahrt

**Bahnfahrkarten europaweit
Beratung und Verkauf gebührenfrei
Suche nach den jeweils besten Preisen und Verbindungen
Bahnspezialist für Frankreich
Reisetreff mit Sitzecke, Reiseliteratur und Landkarten
Tipps für Reisen nach Osteuropa und die GUS
Fahrkartenbestellung per Telefon, Fax oder e-mail**

Crellestraße 7 10827 Berlin 030 76768398

www.bahnagentur-schoeneberg.de

Ein schönes Geschenk für den 68er zum 68. Geburtstag Grünes Licht für die Umbenennung der Berliner Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße

Auch das Berliner Verwaltungsgericht hat jetzt grünes Licht für die Umbenennung der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße gegeben. Die Klage der vom Axel-Springer-Verlag unterstützten Anrainer gegen die Umbenennung wurde endgültig abgelehnt.

Nach Parlament und Bevölkerung hat nun auch das Berliner Oberverwaltungsgericht endgültig grünes Licht für die Rudi-Dutschke-Straße gegeben. Nach dessen rechtskräftiger Entscheidung können die neuen Straßenschilder, die an den 1979 verstorbenen führenden Kopf der deutschen Studentenbewegung erinnern, nun endlich angebracht werden. Mit der Umbenennung eines Teils der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße wird dem demokratischen Wunsch der Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg und der Bevölkerung des Bezirks entsprochen. Denn nach dem Beschluss der BVV hatte sich auch die Bevölkerung mehrheitlich dafür ausgesprochen. Die CDU war mit ihrem Bürgerbegehren gegen die Umbenennung gescheitert. Gestern scheiterte auch der Axel-Springer-Verlag. Für das eigene Verlagshaus hatte man in den 90er Jahren die Umbenennung des anliegenden Teils der Lindenstraße in

Axel-Springer-Straße durchgesetzt, die Initiative der *tageszeitung* für die Dutschke-Straße wurde hingegen erst still und dann zunehmend aktiv bekämpft. Die neu entstehende Kreuzung Rudi-Dutschke-/Axel-Springer-Straße passt zu Berlin, weil sie als lebendige Geschichtswerkstatt diese ungleichen Männer aufeinandertreffen lässt. Sie standen sich 1968 gegenüber, aber gleichzeitig verfolgten beide unbeirrbar das Ziel der Deutschen Einheit. Das Berliner Ehrengrab für Rudi Dutschke und die Umbenennung der Kochstraße sind eine würdige Entscheidung und strafen alle diejenigen Lügen, die - wie Götz Aly - glauben, dass „kein Satz von Rudi Dutschke lohne, heute noch zitiert zu werden“ (*taz*-nord, 19./20. April). Die nun getroffene Entscheidung ist ein sehr schönes und nachträgliches Geburtstagsgeschenk für Rudi Dutschke, der am 7. März 68 Jahre alt geworden wäre. *Michael Cramer*



Straßenschilder)kampf mal anders...
Fotos: Horst Voigt und jüb

Mehr Demokratie, oder was?

Der Verein *Mehr Demokratie* will, dass bei künftigen Volksabstimmungen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zum Erfolg führen kann. Bündnis 90/Die Grünen widersprechen dem. Unabhängig von „Tempelhof“ gilt: Es ist demokratisch zweifelhaft, ob die Mehrheit der Menschen, die sich für ein Thema interessieren und abstimmen gehen, eine positive Entscheidung herbeiführen sollten. Vielmehr müssen auch die Stimmen berücksichtigt werden, die zur Abstimmung aufgerufen werden, das Angebot aber nicht wahrnehmen. Sie wenden sich damit auch gegen das Anliegen des Volksentscheids. Deswegen ist es richtig, dass mindestens 25 Prozent der Wahlberechtigten mit „Ja“ stimmen müssen. *Mehr Demokratie* würde es - zu Ende gedacht - in Kauf nehmen, dass ein Volksentscheid bereits dann erfolgreich ist, wenn bei 2,4 Millionen Wahlberechtigten, lediglich Hundert zur Wahl gingen und 51 mit „Ja“-stimmen. Das ist nicht „Mehr Demokratie“, sondern das Gegenteil. Der Verweis von *Mehr Demokratie* auf Parlamentswahlen hinkt, denn da werden Parteien gewählt, die mit ihren Programmen Aussagen zu vielen Themen treffen. Das weiß auch *Mehr Demokratie*. *Grüne Presseerklärung*

Klimapolitische Hochstapler im EU-Parlament

In einer Abstimmung im EU-Parlament über zukunftsfähige Automobilpolitik wurde kürzlich deutlich, dass auch in diesem Gremium viele klimapolitische Hochstapler sitzen und zudem sehr einflussreich sind.

Nach der Konferenz von Bali - mit ihren anspruchsvollen Diskussionen zum Klimaschutz - hat das Europäische Parlament zugunsten der Hersteller von großen, schweren Autos gegen eine konsequente Umorientierung auf sparsame und zukunftsfreundliche Autos gestimmt. Dabei ist dies technisch schon lange machbar und würde die Umwelt und - durch geringere Treibstoffkosten - auch den Geldbeutel der Autofahrer schonen. Es ist beschämend, dass konsequente Klimaschutzmaßnahmen wieder auf die lange Bank geschoben werden sollen. Das Europäische Parlament hatte darauf bestanden, eine große Delegation nach Bali zu senden und dabei

großen Wert auf eine besonders starke Rolle der EU in der internationalen Klimapolitik gelegt. Nur wenig später konnten sich die Abgeordneten offensichtlich an nichts mehr erinnern. Sie wollten die Einführung strengerer Abgasnormen von 2012 auf 2015 verschieben. Auch die Zielwerte für die CO₂-Emissionen sollen aufgeweicht werden: Statt der von der Kommission vorgeschlagenen 120 g/km CO₂-Emissionen soll nun ein Wert von 125g/km gelten. Dieser Wert soll noch dazu mit dem integrierten Ansatz erreicht werden, also nicht nur durch technische Verbesserungen, sondern auch durch andere Maßnahmen wie etwa Änderung des Fahrstils. Dieses Votum ist kurzschichtig, denn individuelle Mobilität im 21. Jahrhundert wird klimaverträglich sein müssen, wenn sie weiter gesellschaftlich akzeptiert bleiben will. Die Automobilindustrie muss aufhören, der Einführung von umweltfreundlicheren Autos Widerstand zu leisten. Sie muss endlich anfangen, darin auch einen langfristigen Wettbewerbsvorteil zu sehen. *jüb*



Grüne Abgeordnete nehmen Stellung:

Berlin ohne Rassismus

Von Bilkay Öney, migrationspolitische Sprecherin

Deutschland ist das Land des technologischen Fortschritts, das Land des aufgeklärten Humanismus, das Land der Entdecker, das Land der Dichter und Denker, das Land der reisefreudigsten Menschen...

Umso trauriger ist es, dass auch hier Menschen aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft Opfer rassistischer Übergriffe werden. Besorgniserregend ist auch der zunehmende Rassismus innerhalb der Migrantengemeinden, der sich entwedergegen andere Ethnien oder auch gegen die Mehrheitsgesellschaft richtet.

Als Grüne lehnen wir Rassismus in jeder Form ab und fordern den Berliner Senat auf, sich sehr viel stärker gegen Rassismus zu engagieren. Rassismus muss nicht nur konsequent geahndet und bestraft werden, sondern auch konsequent in den Anfängen bekämpft werden. Oft lernen Kinder Rassismus

schon im Elternhaus kennen. Den Ausgleich können nur staatliche Bildungseinrichtungen schaffen. Beginnend mit der Kita muss eine humanistisch geprägte Toleranz- und Grundwerteverzierung stattfinden, die sich durch die gesamte Bildungsphase schulpflichtiger Kinder hinweg zieht. Parallel dazu muss das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bekannter gemacht werden. Das AGG verbietet jede Form von Diskriminierung. Der Senat hat Broschüren dazu drucken lassen, die zur Abholung bereit liegen. Nur holen offenbar lediglich betroffene Opfer solche Broschüren ab. Wichtig ist es, alle Menschen zu erreichen, insbesondere die potentiellen Täter. Bewährt hat sich das Projekt „Schule ohne Rassismus“. Dieses Projekt muss auf alle Berliner Schulen, auch auf die Berufsschulen, ausgedehnt und praktiziert werden, damit wir nicht nur von „Schule ohne Rassismus“, sondern von „Berlin ohne Rassismus“ sprechen können.



Foto: jüb

Erlebte Geschichte...

Wohl selten ist Geschichte der allerjüngsten Vergangenheit so sichtbar und erlebbar geworden, wie an dieser Berliner Straßenkreuzung: Rudi-Dutschke-, Ecke Axel-Springer-Straße. Das haben auch die etwa 500 Menschen so empfunden, die sich am 30. April eben an dieser Ecke zur feierlichen Umbenennung eines großen Teiles der Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße versammelt hatten. Angefangen von der Familie Dutschkes, über Wegbegleiter,

Sympathisanten, bis hin zur neueren politischen, linken Elite... Das alles in medialer Betreuung durch die *taz* gut vorbereitet. Hier schien eine große Familie eine „längst überfällige Ehrung“ (O-Ton Hans-Christian Stroebel, Grüne) zu bejubeln. Mitlaudator Michael Cramer, für die Grünen im EU-Parlament und ausgewiesener Verkehrsexperte, freute eines besonders: „Die Rudi-Dutschke-Straße hat Vorfahrt!“ *jüb*

Geschichte erfahren: Berliner Mauerstreifzüge 2008

Acht Radtouren mit *Michael Cramer* und *Claudia Hämmerling* auf dem ehemaligen Mauerstreifen

Auch im Sommer 2008 laden Bündnis 90/Die Grünen zu den »Mauerstreifzügen« ein, damit Sie Berlin auf neuen alten Wegen erkunden, Natur erleben und Geschichte(n) im wahrsten Sinn des Wortes erfahren können.



Die »Mauerstreifzüge« beginnen jeweils um 14 Uhr und finden bei jedem Wetter statt. Sie sind

zwischen 20 und 30 Kilometer lang und werden nach Möglichkeit durch eine kleine Rast in einem Biergarten unterbrochen.

(Wegen der Probleme bei der Anreise mit der Fähre nach Kladow wurden die Abfahrtsorte etwas verändert.)

Touren & Termine (immer samstags 14 Uhr) · Abfahrt am ...

7. Juni Potsdamer Platz (historische Ampel)	2. August - 14.20 Uhr Bahnhof Staaken
21. Juni S-Bahnhof Adlershof	16. August Bahnhof Hennigsdorf
5. Juli S-Bahnhof Lichterfelde Süd	30. August S-Bahnhof Hermsdorf
19. Juli Tram-Halt Buga-Park Potsdam	13. September S-Bahnhof Wollankstraße



Die Grünen | Europäische Freie Allianz
im Europäischen Parlament
MdEP *Michael Cramer*, www.michael-cramer.de

Klimaschutz selber machen

Berlins Grüne initiieren „Stadtvertrag Klimaschutz“

Auszug aus der bündnisgrünen Klimaschutzzeitung Jetzt. Für Morgen.

Während immer mehr Städte weltweit den Klimaschutz verbessern und neue Energien fördern, bleibt Berlins rot-roter Senat im Winterschlaf. Klimaschutz als Lippenbekenntnis ohne konkrete Handlungen gehört zum Tagesgeschäft des Senats. Aber jetzt beginnen andere Akteure, die Starre zu durchbrechen.

In Berlin entsteht ein breites Klimaschutzbündnis: Unternehmen, Gewerkschaften, Handwerksbetriebe, Umweltverbände und viele Bürgerinnen und Bürger werden sich in einer Kampagne „Stadtvertrag Klimaschutz“ selbst zu umfassenden Klimaschutz-Maßnahmen verpflichten. Diese Kampagne wurde von Bündnis 90/Die Grünen angestoßen, wird aber inzwischen überparteilich unterstützt. Der Startschuss zum Stadtvertrag fällt in den nächsten Wochen. Auch Sie, liebe Leserin, lieber Leser, werden sich am „Stadtvertrag Klimaschutz“ beteiligen können. Bringen Sie Ihr persönliches Klimaschutz-Engagement ein und erhöhen Sie damit auch den Druck auf Politik und Wirtschaft, dass auch diese substanzialen Beiträge leisten. Ihr persönlicher Beitrag zur CO₂-Einsparung könnte z.B. folgendermaßen aussehen:



Reduzieren Sie Ihren persönlichen Energiebedarf um 25 Prozent: Durch das Absenken der Raumtemperatur, die Nutzung von Energiesparlampen, das Abschalt-

en von Standby-Geräten und vieles andere mehr.



Legen Sie Ihr Auto für mindestens ein Jahr still und steigen Sie auf Car-sharing um, auf Bus und Bahn, auf Fuß und Fahrrad. Überdenken Sie dabei auch Ihre Flugreisepäne und kompensieren Sie ggf. den CO₂-Ausstoß.



Wenn Sie Hausbesitzer/in sind, lassen Sie sich für Ihr Haus einen bedarfsorientierten Energiepass ausstellen. Ein Energieberater erstellt Ihnen eine Checkliste, durch welche Maßnahme wieviel Energie eingespart werden kann.



Wechseln Sie zu einem Ökostrom-Anbieter: www.atomausstieg-selbermachen.de

Wenn Sie sich am Stadtvertrag Klimaschutz beteiligen möchten oder Fragen dazu haben, wenden Sie sich per Mail an info@stadtvertrag-klimaschutz.de. Nähere Informationen finden Sie auch unter: www.stadtvertrag-klimaschutz.de

Die Städte verbrauchen weltweit 75 Prozent der Energieproduktion und verursachen 80 Prozent der Emissionen von Treibhausgasen.

Berlin gehört dabei sogar zu der traurigen „Spitzengruppe“ der Städte mit dem größten Treibhausgas-Ausstoß pro Einwohner. Mit einem umfassenden Klimaschutz-Aktionsplan wollen Bündnis 90/Die Grünen Berlin zur Hauptstadt der neuen Energien machen. Diesen Aktionsplan verwandelt Bündnis 90/Die Grünen derzeit Schritt für Schritt in konkret umsetzbare Konzepte, Gesetze und Maßnahmen-Pakete. Die ersten werden bereits im Parlament beraten, so zum Beispiel ein „Investitionsfonds Klimaschutz“ zur Wärmedämmung der öffentlichen Gebäude. 500 Millionen Euro hat die Grüne Fraktion dafür im klammen Landeshaushalt zusammengekratzt. Das Programm würde jährlich 15 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, einen Beitrag für das Einsparkraftwerk liefern und über 2.000 Vollzeit Arbeitsplätze im Handwerk bringen.

Berlin steht am Scheideweg: So wird sich z. B. in den nächsten Monaten entscheiden, ob Vattenfall in Berlin ein gigantisch-großes Kohlekraftwerk bauen kann oder ob unsere Stadt endlich auf die neuen Energien setzt und damit auch die wirtschaftlichen Chancen dieser Technologien für die Entwicklung Berlins nutzen wird...



Irna Franke-Dressler und Franziska Eichstädt-Bohlig im angeregten Gespräch mit dem stellv. Botschafter Schwedens, Jan Lundin, über Vattenfalls Energiepolitik... Foto:Grüne

Grüner Protest gegen Vattenfall

„Klimatskydd - ja tack, Vattenfalls Kolkraft - nej tack“. Unter diesem Motto demonstrierten am 29. April mehrere Bündnisgrüne gegen den schwedischen Staatskonzern Vattenfall vor der Botschaft von Schweden anlässlich der Hauptversammlung des Konzerns in Stockholm.

Die Landesvorsitzende Irna Franke-Dressler und die Fraktionsvorsitzende Franziska Eichstädt-Bohlig überreichten dem stellvertretenden Botschafter Jan Lundin einen Brief an Premierminister Frederik Reinfeldt. Darin wird die schwedische Regierung aufgefordert, die hohen Klimaschutzziele, die sie als Eigentümer des Unternehmens Vattenfall für die Aktivitäten in Schweden vorgibt, als allgemeine Unternehmensziele für Vattenfall zu formulieren. Vattenfall hat in 2007 weltweit 90 Millionen Tonnen CO₂ emittiert, das

ist etwa die Hälfte der gesamten schwedischen CO₂-Emissionen. Schweden übernimmt ab Herbst 2009 die EU-Ratspräsidentschaft und wird damit die Klimafolgeverhandlungen führen. Parallel verfolgen die schwedischen Grünen ebenfalls das Ziel, Vattenfalls Unternehmensziele auch weltweit klimafreundlicher zu gestalten. Dazu erklärt Irna Franke-Dressler: „Wir sehen die Klimaschutzziele in Deutschland durch die Energiepolitik von Vattenfall als drittgrößter Energiekonzern Deutschlands gefährdet. Die geplanten Kohlekraftwerke in Berlin und Hamburg und der geplante Braunkohleabbau in Brandenburg unterlaufen die Bemühungen um einen Umstieg auf klimafreundliche Energieerzeugung. Die schwedische Regierung kann lokal handeln und muss als Eigentümer von Vattenfall auch weltweit Verantwortung übernehmen.“

Freie Fahrt für den Zug der Erinnerung

Eine Ausstellung ehrt vergessene Opfer und

Deutsche Bahn AG behindert öffentliches Gedenken

„Durch Deutschland fuhr ein Zug und suchte nach den Spuren vieler zehntausend Kinder. Ihr Leben war kurz. Oft blieben nur Namen, die in Archiven vergilben. Ihre Fotos und Briefe kennen wir kaum.“

In den Nächten fuhr der Zug von Stadt zu Stadt, ein Sonderzug wie die Züge der Deutschen Reichsbahn vor 65 Jahren. Heute: Ein „Zug der Erinnerung“. Tagsüber stand er auf deutschen Bahnhöfen, um mit seiner Ausstellung an das schrecklichste Kapitel deutscher Geschichte zu erinnern. „Der Zug der Erinnerung“ ist ein Ausstellungsprojekt deutscher Bürgerinitiativen: Er besteht aus mehreren Waggons, in denen die Geschichte der Deportationen und Ermordung jüdischer Kinder in beispielhaften Biografien nacherzählt wird. Eindrucksvoll und bedrückend erlebt der Ausstellungsbesucher in

Dörfern und Städten zu den wartenden Zügen. In einem weiteren Ausstellungsbereich werden mehrere Täter der unterschiedlichen Funktionsebenen vorgestellt: Vom Reichsverkehrsministerium über die SS bis hin zu den Logistikplanern der Reichsbahn, die für den Transport der todgeweihten Kinder und Jugendlichen in die Vernichtungslager „sorgten“. Mehrere dieser Spezialisten setzten ihre Bahnkarrieren in der Nachkriegszeit fort.

„Bahnkultur“ der Erinnerung

Nach Stationen in Köln, Hamburg, Kiel, Rathenow fuhr der Zug der Erinnerung am 12. April auf Gleis 1 im Berliner Ostbahnhof ein. Bis zum Abend besuchten bereits über 10.000 Menschen die Ausstellung. Ein Stopp im Hauptbahnhof war am Widerstand der Bahn gescheitert, wegen technischer Probleme (Vor 65 Jahren spielten die keine Rolle!). Die Deutsche Bahn AG setzte noch eins drauf: Sie verlangte von der Initiative, die sich hauptsächlich aus Spenden finanziert, Streckengebühren von 100.000 Euro. Nicht nur der Zentralrat der Juden war empört über die Haltung der Bahn. Ihr Generalsekretär Kramer lehnte einen Bahnvorschlag ab, als Ausgleich für erhobene Streckengebühren diese 100.000 Euro an jüdische Einrichtungen zu spenden. Dieses Angebot sehe



Der Zug gegen das Vergessen läuft auf dem Bahnsteig 1 am Ostbahnhof ein

nach einem Ablasshandel aus, sagte Kramer.

„Großzügig“ erlaubte die Deutsche Bahn, dass die zwei Waggons mit der Wanderausstellung nach dem Stopp am Ostbahnhof auch an den Bahnhöfen Lichtenberg, Schöneeweide, Westhafen und am Bahnhof Grunewald halten. Allein vom Bahnhof Grunewald, dem Gleis 17, wurden mehr als 4.500 Kinder deportiert, nur sehr wenige überlebten...



Das letzte Bild von Graciella am Abend vor ihrer Deportation in ein Vernichtungslager...

Die Reise des Zuges der Erinnerung durch Deutschland ist nach weiteren Haltepunkten in Cottbus und Dresden am 8. Mai auf den Gleisen der KZ-Gedenkstätte Auschwitz zu Ende gegangen. jüb



Rudow gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Engagierte Rudower Privat- und Geschäftsleute wie auch Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens, denen das Ansehen Rudows am Herzen liegt, haben ein Aktionsbündnis für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gegründet.

Seit einigen Jahren treffen sich an der Rudower Spinne in den Abend- und Nachtstunden junge Erwachsene, darunter auch Rechtsextreme, die durch ihr Verhalten den Ortsteil Rudow in Verruf bringen. Sie pöbeln Menschen an, die nicht in ihr Weltbild passen und schrecken auch vor Handgreiflichkeiten nicht zurück.

In ganz Rudow sind Schmierereien mit rechtsextremen Symbolen und Kürzeln rechtsextremer Gruppierungen zu sehen. Alles das geht einher mit einer laut skandierten rechtsextremen Gesinnung. Das Aktionsbündnis hat die Vision von einem Neuköllner Ortsteil Rudow, in dem Menschen gerne wohnen und Gäste willkommen sind, wo Familien ihren Platz haben, die vor wenigen Jahrzehnten als „Gastarbeiter“ hierher gekommen sind. Gegensätzliche Standpunkte werden offen und friedlich ausgetragen.

Hauptziele des Aktionsbündnisses:
Bekämpfung rechtsextremer Gesinnung und aller Formen des Rassismus;
Unterbindung rechtsextremer Propaganda-Aktivitäten;
Frühzeitige Vermittlung von Menschenrechten und demokratischen Werten, mit dem Lernziel Solidarität;
Politische Bildungsarbeit an Schulen sowie in Kinder- und Jugend-Freizeiteinrichtungen. Aus einem Flyer des Bündnisses



Ursula, geb. 1926 - mit 14 Jahren wird sie deportiert und in der „Pflegeanstalt“ Bernburg von deutschen Ärzten ermordet...

Fotos und Dokumenten das Deportationsgeschehen im Deutschland des Nationalsozialismus: Die Zustellung der Deportationsbescheide, das Herichten und Verlassen der Wohnungen, der Weg zu den Sammellagern und von dort am helllichten Tag durch die

Stadtzerstörung durch Autobahnbau

Weiterbau der A 100 ohne Alternative?

Aktuelle Planungen zur Stadtringverlängerung (Autobahn A 100) ab dem Neuköllner Autobahndreieck sehen vor: Eine 6-spurige Autobahn mit 8-spurigen Tunnelabschnitten soll den Stadtraum zwischen Grenzallee und Treptower Park zerschneiden, für bis zu 100.000 Fahrzeuge täglich.

Trassenverlauf in Neukölln

In Neukölln soll die Trasse vom Neuköllner Kreuz an der Grenzallee kommend zunächst unterirdisch geführt werden. Direkt vor dem Hotel Estrel wird eine Autobahnanschlussstelle mit einer Aufweitung der 6 Fahrspuren auf bis zu 10 Fahrspuren geplant. Damit ist es mit einem ruhigen Hotelaufenthaltsort vorbei - der Lärm der an- und abfahrenden LKWs wird zu Erschütterungen und erheblichen Lärmbelastungen führen. Die Sonnenallee wird als Autobahnzubringer umgebaut. Damit werden erheblich mehr Fahrzeuge als bisher die Sonnenallee nutzen. Sowohl die nördlich gelegenen wie auch die südlich gelegenen Wohngebiete an der Sonnenallee werden stärker belastet. Selbst Straßen, deren Entlastung vorgesehen ist - wie der Dammweg und die Eisenstraße - werden als Autobahnzubringer mehr Verkehr als im Moment auf sich konzentrieren. Es ist vollkommen unbegreiflich, wie die Senatsverwaltung vor diesen Fakten die Augen verschließen kann und die Autobahn als Entlastung verkaufen will.

Lärm und Schadstoffe für Anwohner

Vor der Wohnbebauung an der Aronsstraße und dem Wohnviertel an der Dieselstraße wird die Autobahn in offener Trilogie geführt werden. Lärm und Schadstoffe werden die Nachbarschaft massiv beeinträchtigen, auch wenn Lärmschutzwände geplant sind. Lärmschutzwände können den aufsteigenden Lärm gerade an den Hochhäusern nicht abschirmen. Die nach Westen gerichteten Balkone bekommen den meisten Lärm ab. Es ist bereits jetzt zu befürchten, dass die Siedlung, für die bereits Aufwertungsmaßnahmen durchgeführt worden sind, weil sie in den Augen des Senats und des Bezirks problembehaftet ist, durch den Autobahnlärm weiter destabilisiert wird. Wie die effektiven Belastungen aussehen werden, ist noch nicht plausibel erläutert worden. Im Flächennutzungsplan von 2000 war ein Tunnel am Wohngebiet Aronsstraße eingezeichnet gewesen - von diesem Tunnel ist keine Rede mehr; der Schutz der betroffenen Bevölkerung wird Verkehrsinteressen geopfert. Im Zuge des Trassenverlaufs sollen am Mergenthaler Ring ca. 300 Kleingärten

den dem Autobahnbau geopfert werden - diejenigen, die übrig bleiben, haben mit den Folgen, Lärm und Schadstoffe, zu kämpfen.

Stadtzerstörung auch im Nachbarbezirk Treptow

Die Trasse wird im Grenzbereich unseres Bezirks die Ringbahn unterqueren und nördlich von ihr bis zum Treptower Park führen. Eine mehrwöchige Sperrung der Ringbahn zu Lasten der ÖPNV-Nutzer wird seitens der Autobahnplaner als hinnehmbar bezeichnet. Selbst vor dem Abriss von 200 Wohnungen an der Treptower Beermannstraße wird nicht haltgemacht. Damit werden gleich mehrfach die Prinzipien der behutsamen Stadterneuerung verletzt - seit über 30 Jahren hat es keinen großflächigen Abriss von Wohngebäuden in dieser Dimension gegeben. Man gewinnt den Eindruck, dass man nahtlos an die Autobahnplanung der 1960er Jahre anknüpfen will.

Autobahnplanung gegen die Stadt

Berlin verfügt über ein sehr umfangreiches und zum großen Teil überdimensioniertes Stadtstraßennetz. Es gibt nur wenige Stellen, an denen neue Straßen notwendig sein könnten, weil z.B. Belastungen der Anwohner eine Umverlegung erfordern. Leider gibt es in dieser Stadt aber überhaupt keine Diskussion zu der Frage, welche Straßen zurückzubauen sind, wenn neue Straßen und Autobahnen eröffnet werden. Weder in Neukölln noch in Treptow wird mit der Eröffnung der Autobahn A 113 eine Reduktion der Haupteinfallsstraßen (B 179 oder B 96 a, Adlergestell) vorgesehen. Gerade mal über Geschwindigkeitsbegrenzungen an der Karl-Marx-Straße wird nachgedacht. Autobahnen, die den Verkehr direkt in die Innenstadt führen, widersprechen den Zielen der Berliner Verkehrsplanung. Im Stadtentwicklungsplan (STEP) Verkehr wird ausdrücklich darauf verwiesen, dass die Innenstadt entlastet werden soll. Durch die Verlängerung der A 100 führt man aber gerade Verkehrsströme direkt in die zentrale Stadtmitte - eine Umfahrung der Innenstadt ist mit dieser Trasse gar nicht möglich, da die Verkehre am Treptower Park, an der Sonnenallee und an der Stralauer Allee Wohnge-

biete der Innenstadt belasten werden. Auch Kreuzberger Wohngebiete an der Schlesischen Straße werden als „Autobahnzubringer“ benutzt werden.

Teurer als der Transrapid

Das 3,2 Kilometer lange Teilstück soll 420 Millionen Euro kosten - damit ist diese Autobahn teurer als eine Transrapidstrecke.

Es handelt sich um eine vollkommen überdimensionierte Planung: 8-spurige Tunnel mit Fahrstreifen von 3,5 Meter machen dieses deutlich. Während die Autobahn in Tegel, die in den 1980er Jahren geplant wurde, einen Querschnitt von ca. 25 Meter aufweist, soll die Neuköllner Autobahn mindestens 35 Meter breit sein. Wie kann man eine derartige Fehlplanung rechtfertigen? Hier darf ohne Ende Geld ausgegeben werden, weil die Bundesregierung diese Autobahn finanziert. Eine Diskussion über eine andere Art der Straße wird gar nicht erst geführt, das könnte ja den Haushalt Berlins belasten; da wirft man dann lieber den Autofahrern „Bundesgeld“ hinterher.

Kritik und Widerstand: Für nachhaltige Mobilität

Die autogerechte Stadt wurde schon lange beerdigt. Berlin ist ein gutes Beispiel für eine Stadt, die ansonsten umweltgerechte und nachhaltige Mobilität kennt. Deshalb wird sowohl in den Bezirksverordnetenversammlungen als auch im Abgeordnetenhaus die Autobahnplanung massiv kritisiert werden.

Es formiert sich bereits der Widerstand: Seit längerem engagiert sich die BISS - Bürgerinitiative Stadtring Süd, dazugekommen sind Verbände wie der BUND und eine wachsende Zahl von direkt Betroffenen. Die Grünen in Friedrichshain-Kreuzberg haben bereits Anwohner über die Folgen informiert. In Treptow findet ein reger Informationsaustausch mit den Betroffenen statt. In Neukölln können wir auf unsere Erfahrungen mit dem Bau der A 113 verweisen. Durch unseren Widerstand haben wir Erfahrungen mit den Behörden gesammelt; obwohl wir die Autobahn nicht verhindern konnten, haben Anwohner ihre Interessen zum Teil durchsetzen können. Dieses Mal steht Neukölln aber nicht alleine - von dieser Planung werden drei Bezirke betroffen sein. Wenn im Sommer die Pläne ausgelegt werden, kommt es darauf an, dass möglichst viele Betroffene Bedenken und Einsprüche anmelden. Stadtzerstörung wird von den Grünen aus drei Bezirken angeprangert werden. Es ist selbstverständlich, dass wir uns diese Planung nicht gefallen lassen. Alternativen, die das Schlimmste verhindern, müssen genauso diskutiert werden, wie die Folgen einer Nullvariante. Verkehrspolitik von unten bedeutet Vermeidung von Lärm und Schadstoffen - zum Umsteigen und zum Umplanen ist es noch nicht zu spät. *jüb*

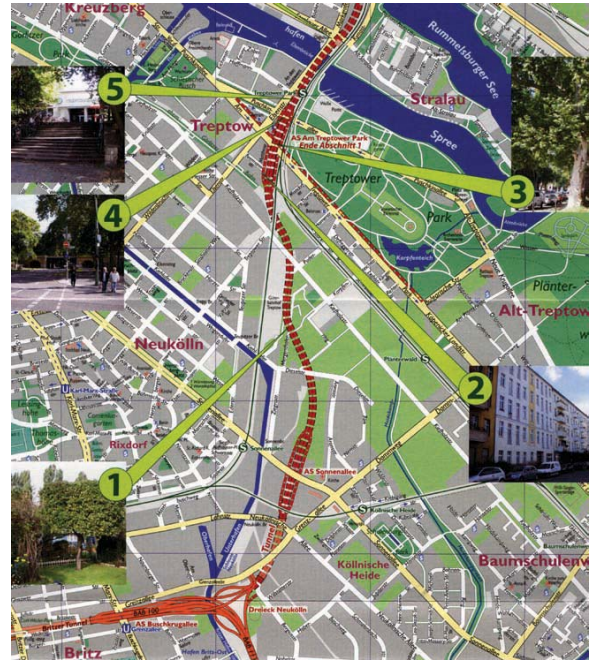


Foto: repro BUND

Der hohe Preis für die Autobahn:

- 1 Mergenthaler Ring: Verlust von bis zu 300 Kleingärten
- 2 Beermannstraße: Abriss von 3 Häusern (200 Wohnungen)
- 3 Am Treptower Park: Fällung von Platanen
- 4 Puschkinallee: Brücke als Barriere, Fällung von Platanen
- 5 S Treptower Park: Autobahnbrücke vor Bahnhofszugang

Widerstand gegen die A 100

Berlin plant teuerste Autobahn Deutschlands

Der Bund für Umwelt und Naturschutz, Deutschland (BUND Berlin) und die Bürgerinitiative Stadtring Süd (BISS) fordern den Verzicht auf die Verlängerung der A100. Die bisher vorgestellten Planungen zeigen deutlich, dass das Projekt nicht stadtrichtig ist. Vor diesem Hintergrund starten BISS und BUND zunächst eine Unterschriftensammlung, im zweiten Schritt sollen möglichst viele Berlinerinnen und Berliner für die Beteiligung am Planfeststellungsverfahren mobilisiert werden.

Gleichzeitig wird eine Klage vorbereitet. Denn durch den Bau werden die Grenzwerte für Feinstaub (PM 10) und Stickstoffdioxid (NO₂) überschritten. Die Gesamtkosten für die drei Kilometer kurze Strecke betragen 420 Millionen Euro. Diese Mittel stammen aus dem Budget für den Bundesverkehrswegeplan und sind bisher zweckgebunden. Aber auch der Berliner Haushalt wird durch die Planungskosten, den Neubau der einmündenden Straßen und den Kauf der Grundstücke mit mehr als 50 Millionen Euro belastet.

Stimmen...Stimmen...Stimmen

Tilmann Heuser (BUND):

„Ein Kilometer A100-Verlängerung kostet 130 Mio. Euro und ist damit die teuerste Autobahn Deutschlands. Während seit Jahren zu viel Geld in milliarden teure Prestigeprojekte gesteckt wird, ist gleichzeitig zu wenig Geld vorhanden, um Schlaglöcher in Straßen und Risse in Brücken zu reparieren. Wir fordern, die Bundesmittel nicht mehr zweckgebunden zu verteilen und die für die A100 geplante Summe für die Sanierung bestehender Straßen mit Fuß- und Radwegen, sowie für den Ausbau des ÖPNV zur Verfügung zu stellen. Berlin soll selbst entscheiden, für welche Verkehrsprojekte die Mittel eingesetzt werden!“

Harald Moritz (BISS):

„Der geplante Bauabschnitt ist eine Herausforderung - für alle Beteiligten und Betroffenen! So genannte „Zwangspunkte“ entlang der Strecke fordern die Planer heraus. Doch während um wichtige Industriebetriebe ein Bogen gemacht und eine verkehrs-

reiche Straße wie die Sonnenallee untertunnelt wird, scheinen die Umweltschäden und die erhebliche Verminderung von Wohn- und Lebensqualität, die die sechsstreifige Betonschneise in Alt-Treptow verursachen wird, eher als Kollateralschäden verbucht zu werden: Die Vernichtung von 300 Parzellen Kleingärten in Neukölln und Treptow sowie von drei Gründerzeithäuserkomplexen in der Beermannstraße - das alles ist in den Augen des Senats für die angebliche Entlastung der Innenstadt hinnehmbar.

Noch größer als diese Belastung werden die Probleme sein, die sich an der Anschlussstelle am Treptower Park ergeben: Mit Prognosen von bis zu 80.000 Kraftfahrzeugen täglich ist dort von Dauerstaus und Verkehrschaos auszugehen!“

Martin Schlegel, (BUND):

„Die zu erwartenden Überschreitungen der Grenzwerte für Feinstaub und NO₂ sind derart eklatant, dass das Projekt auch auf dem Rechtsweg noch gestoppt werden könnte. Bisher wird in keiner Weise ersichtlich, mit welchen Maßnahmen der Senat die Grenzwerte vor allem in der Eisenstraße einhalten will.“

Unterschriftenlisten

können bei der BISS unter www.keineautobahntreptow.de oder beim BUND unter www.BUND-Berlin.de heruntergeladen werden. Zusätzlich kann die Klage mit dem Erwerb von „Klagemetern“ unterstützt werden, aus dem Erlös werden die Klagekosten bestritten.

○ Ja, ich abonniere den Neuköllner Stachel

und habe mindestens 5,- € (Porto für ein Jahr) auf das Konto des Ortsverbandes Bündnis 90/Die Grünen Neukölln, Konto: 1470 00 5529 bei der Berliner Sparkasse, BLZ 10050000, Kennwort „Stachel“, überwiesen.

- Ich möchte nicht nur ein, sondern _____ Exemplare pro Ausgabe, ohne mehr zu zahlen.

- Ich möchte Mitglied werden

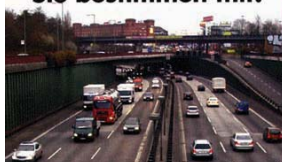
Vorname, Name _____ Straße _____ Wohnort _____

Einsenden an: Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Postfach 440629, 12006 Berlin

A 100 stoppen!

Kein Weiterbau durch Neukölln, Treptow und Friedrichshain.

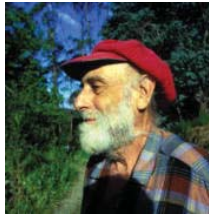
Sie bestimmen mit!



„Tausendsassa Hundertwasser“ Eine Ausstellung im Schloss Britz ... und mehr

Einen Kunst- und Kulturgenuss der besonderen Art hat sich das Schloss Britz für den Frühsommer und die Neuköllnerinnen und Neuköllner ausgedacht: Eine sehens- und erlebte Ausstellung mit Grafiken des österreichischen Künstlers und Weltbürgers Friedensreich Hundertwasser, oder - wie er sich selbst nannte: Tausendsassa Friedensreich Regentag Dunkelbunt Hundertwasser. Anlass ist der 80. Geburtstag des Künstlers - er starb im Jahr 2000.

Friedensreich Hundertwasser gilt als einer der bedeutendsten und bekanntesten Künstler des 20. Jahrhunderts. Was den in Wien geborenen Autodidakten so populär machte, waren nicht



Weltbürger und Umweltaaktivist Hundertwasser Foto: repro

nur seine künstlerische Leistung als Maler, Architekt und Schöpfer originaler Graphik, sondern auch sein Individualismus und seine starke Persönlichkeit. Hundertwasser gilt zudem als Verfechter einer humanen Architektur. Sein Einsatz für den Umweltschutz machte ihn auch zu einem Wegbereiter der weltweiten Ökologie-Bewegung. Nicht nur sein bildnerisches Werk mit den leuchtenden Farben und der sensitiven Linienführung der Spiralen, sondern auch seine Bauten mit ihren goldenen Zwiebeltürmen, den strahlenden Mosaiken und bewaldeten Dächern werden von einem Millionenpublikum geliebt. Die Ausstellung im Schloss Britz präsentiert etwa 80 Arbeiten aus dem graphischen Schaffen Hundertwassers (von 1951 bis 1997), darunter bedeutende Werke, die seine Liebe zum Einmaligen spürbar machen: Die Flucht des Dalai-Lama von 1959, Good morning City von 1970, der Entwurf für das Plakat der Olympischen Spiele in München von 1972. Daneben zeigt das Schloss Britz mit aufwendigen Mischtechniken gemalte Bilder sowie Keramiken und Buchausgaben, wie

seine bekannte Brockhaus-Enzyklopädie und die Hundertwasser-Bibel. Eine Ausstellung, die einen Einblick in das facettenreiche Werk des Weltbürgers Hundertwasser vermittelt, der am Ende dieses Jahres 80 Jahre alt geworden wäre.

Ein anderer Hundertwasser:

Der frühere Wiener Bürgermeister Helmut Zilk drängte Hundertwasser im Jahr 1989, die Umgestaltung des Fernwärmewerkes Spittelau (ein Wiener Stadtbezirk) zu übernehmen. Der Künstler-Architekt tat sich anfangs schwer, da er prinzipielle Einwände gegen eine Müllverbrennungsanlage hatte, und dies solange nicht alle Möglichkeiten der Müllvermeidung und -wiederverwertung ausgeschöpft würden. Erst nach der Zusage, die Anlage



Müllverbrennung im Wiener Heizwerk Spittelau Foto: jüb

mit modernsten technischen Einrichtungen zur Reinigung der Emissionen auszurüsten, übernahm Hundertwasser schließlich die Umgestaltung. Aus dem zuvor nüchternen Zweckbau wurde ein



Wellenlinien, Spiralen Kreise - Hundertwassers Motive sind unverwechselbar. Foto: repro

weltweit einzigartiges, spektakuläres Kunstwerk, das ein gelungenes Beispiel für eine harmonische Symbiose zwischen Technik, Ökologie und Kunst darstellt. jüb

Bürgerstiftung Neukölln beschließt Projektförderung

Sofern es das Wetter zulässt, öffnet jeden Sonntag zwischen 13 und 17 Uhr ein Trödelstand im Handwerkerhof des Restaurants „Villa Rixdorf“ am Richardplatz. Stifter und Stifterinnen sowie Freunde der Bürgerstiftung Neukölln bieten hier an, was andere entbehren konnten, z.B. Porzellan, Schmuck, Schallplatten und vieles mehr. Die Erträge des Trödelstandes sowie die Zinserträge aus dem Stiftungskapital, das mittlerweile schon über 100.000 Euro beträgt, gehen zusammen mit zweckgebundenen Spenden in den N+ Förderfonds. Zweimal im Jahr können sich Neuköllner Projekte um einen Zuschuss aus dem N+ Förderfonds bewerben. Nähere Informationen: Im Internet unter www.neukoelln-plus.de der Bürgerstiftung Neukölln.

Am 24. April 2008 hatten die Regionalleitungen Süd für die Privat- und Firmenkunden der Berliner Volksbank in ihre Räumlichkeiten eingeladen, um der bereits dritten Übergabe von Förderzusagen aus dem N+ Förderfonds einen feierlichen Rahmen zu geben. Vierzehn Projekte hatten sich um einen Zuschuss beworben, auf Empfehlung des Fachausschusses hat der Vorstand der Bürgerstiftung dieses Mal an neun Projekte insgesamt 6.100 Euro ausgereicht. Zu den geförderten Projekten zählt die „Woche der Sprache und des Lesens“, die von Mitte Mai bis Anfang Juni 2008 in ganz Neukölln stattfindet. Höhepunkte der Sprachwoche sind das Eröffnungsfest am 18. Mai auf dem Richardplatz, der große Lesetag am 22. Mai im BVV-Saal und das Abschlussfest im Schulenburgpark am

„Brücke zu Togo e.V.“, der am 25. Mai ab 13 Uhr in der Schillerpromenade am Herrfurthplatz das multiethnische Fest „ALAGBADZA“ mit afrikanischer Musik, Speisen und Getränken veranstaltet. Die „Faso- Initiative e.V.“ organisiert vom 4. bis 6. Juli auf dem Jubiläumssportplatz in der Bergiusstraße das internationale afrikanische Fußballturnier „BAOBAB“. Hier spielen 16 Teams junger Afrikaner gegeneinander sowie eine Auswahl gegen eine Mannschaft des zuständigen Polizeiabscchnitts. Der Förderverein „To Spiti e.V.“ erhielt einen Zuschuss für Gartengeräte für den interkulturellen Garten „Perivoli“ und die Initiative „Zeiteugen im Körner-Viertel“ für die Erstellung einer DVD über ein Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter Henryk Maciak, der in einem Lager der



Susanna Kahlefeld nimmt die Förderzusage für die „Faso-Initiative“ entgegen Foto: Mustafa Makinist

1. Juni, wo Lesungen in 100 Sprachen erfolgen. Zudem gibt es Veranstaltungen in zahlreichen Schulen und Kindergärten. Ein Geheimtip ist eine Lesung von Horst Bosetzky im U-Bahnhof Hermannstraße, bei dem allerdings der Termin zum Zeitpunkt des Drucks des Neuköllner Stachels noch nicht bekannt war. Neben dem gedruckten Programm gibt es zahlreiche, zusätzliche Hinweise auf der Seite www.sprachwoche-neukoelln.de des Veranstalters *Aufbruch Neukölln e.V.* Weitere aus dem N+ Förderfonds geförderte Projekte sind der Verein

Reichsbahn in der Siegfriedstraße untergebracht war. Bertil Wever



Die Bürgerstiftung...

...wurde von 165 Menschen aus 15 Herkunftsländern aufgebaut: durch zeitlichen Einsatz, durch finanzielles Engagement, mit Ideen. Sie will in Neukölln das multiethnische Zusammenleben fördern. Gegründet wurde sie am 21. November 2005 mit einem Stiftungskapital von 70.700 Euro. Zu den Erststiftern gehören: Vereine, Unternehmen, Migrantenorganisationen, Parteien, Kirchengemeinden und Initiativen. Sie ist die erste selbstständige Bürgerstiftung in einem Berliner Bezirk. ZustifterInnen sind hoch willkommen!

Was tut die Bürgerstiftung?

Sie verleiht jährlich den „Neuköllner Bürgerpreis“ zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements. Sie veranstaltet jährlich den Schultheater-Wettbewerb „Neuköllner Globus“. Sie gibt den N+-Neukölln-Kalender heraus. Die Bürgerstiftung Neukölln sucht lebenserfahrene Menschen für ihr MentorInnen-Projekt zur Unterstützung von Jugendlichen beim Berufseinstieg... Über aktuelle Projekte und Ereignisse in der Bürgerstiftung informiert; www.neukoelln-plus.de

Soziale Spaltung in Berlin muss gestoppt werden Bildung ist die Voraussetzung für gerechte Teilhabe

Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz und des Fraktionsvorstandes Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus am 15. April 2008 haben Bischof Dr. Wolfgang Huber und die Fraktionsvorsitzenden Franziska Eichstädt-Bohlig und Volker Ratzmann in zentralen gesellschaftspolitischen Fragen große inhaltliche Nähe festgestellt.

So herrschte Einigkeit darüber, dass es in Zukunft darauf ankommen wird, die soziale Spaltung in der Stadt nicht weiter wachsen zu lassen. Ein zentraler Ansatzpunkt hierfür ist die Bildungspolitik.

Bildung ist die Grundlage

der gesellschaftlichen Teilhabe aller. Die soziale Herkunft darf nicht über die Chancen von Menschen entscheiden. Die zunehmende soziale Spaltung bedeutet, dass immer mehr Menschen ausgegrenzt werden. Ohne eine Bildungsoffensive entsteht eine soziale Schieflage, die die Fundamente unserer Gesellschaft bedroht. Besonders

der Elementarbereich ist verstärkt als Bildungsbereich in den Blick zu nehmen.

Beruf und Familie

müssen besser miteinander vereinbar werden. Menschen zwischen 20 und 39 geraten sonst in einen „Lebensstau“. Sie müssen vieles gleichzeitig verwirklichen: Ausbildung, Beruf, Karriere, Partnerschaft, Erziehung von Kindern. Deshalb sind neue Arbeitszeitmodelle und eine ausreichende Kinderbetreuung wichtige Instrumente der Familienpolitik. Es wurde deutlich, dass das Wohl von Kindern im Mittelpunkt der

Familienpolitik stehen muss. Wie einvernehmlich festgehalten wurde, setzt dies stabile Lebensverhältnisse voraus, in denen Menschen Verantwortung füreinander wahrnehmen können.

Integration

verlangt Bildung und Toleranz anderer Kulturen. Alle Anstrengungen, die darauf gerichtet sind, hier lebenden Migrantinnen und Migranten gute Startchancen für einen anerkannten Schulabschluss zu garantieren, müssen finanziell und personell unterstützt werden. Andererseits müssen Zugewanderte auch die Bereitschaft mitbringen, nicht nur die deutsche Sprache zu erlernen, sondern sich als Teil der Gesellschaft zu betrachten - mit allen Rechten und Pflichten. Die Evangelische Kirche und die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen werden auch weiterhin für eine moderne Integrationspolitik eintreten.

Beide Seiten beobachten die Situation der Christen im Irak mit großer Sorge. Das Land Berlin soll ein Kontingent dieser Religionsflüchtlinge aufnehmen. Eine Ausweitung auf andere Flüchtlingsgruppen ist angesichts der geringen Aufnahmezahlen in Deutschland unbedingt notwendig. Zur Einführung des Religionsunterrichts als ordentliches Lehrfach konnte kein Konsens erreicht werden. Die Kirche ist dafür, und für die Grünen kann das Ziel der Wertebildung am besten im gemeinsamen Ethikunterricht aller Schülerinnen und Schüler erreicht werden; der Religionsunterricht soll ergänzend und freiwillig erfolgen. Eine parteipolitische Polarisierung dieser Frage sollte jedoch vermieden werden. Das Gespräch wurde als konstruktiv und offen bewertet. Es wurde vereinbart, den Austausch zu pflegen und zu intensivieren.

... aus grüner Presseerklärung

Des Stachels bunte Seite



Unter der Lupe

Gleichungen mit mehreren Unbekannten

Die migrationspolitische Sprecherin der bündnisgrünen Abgeordnetenhausfraktion, Bilkay Öney, wollte kürzlich von der Senatsverwaltung Auskunft über „Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten im öffentlichen Dienst“ erhalten und stellte dazu eine Anfrage. Wie groß war jedoch ihr Erstaunen, als der Innensenator Körting (SPD) antwortete, dass „das Merkmal Migrant/in bzw. Migrationshintergrund in der Berliner Verwaltung derzeit nicht maschinell erhoben wird“. Höchst erstaunlich diese Antwort, wenn man bedenkt, dass der Senat in der polizeilichen Kriminalstatistik keinerlei Schwierigkeiten hat, Migrant/innen zu erfassen. Zum „Brüller“ wird diese Auskunft aber, wenn es da weiter heißt: „Der Senat verfolgt jedoch ausdrücklich das Ziel, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst deutlich zu erhöhen.“

Preisfrage: Wie will der Senat den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst „deutlich erhöhen“, wenn er gar nicht weiß, wie viele Migranten derzeit in der Verwaltung beschäftigt sind? Und wo legt er die Messlatte an, wenn er erfahren will, ob er dem eigenen Ziel näher gekommen ist oder es gar erreicht hat?

Solche Argumentationsspielen stärken nicht den Glauben an die Fähigkeit dieses Senates, das von ihm in seinem Integrationskonzept versprochene Ziel - mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund - in der eigenen Verwaltung zu erreichen. Als wesentliche Voraussetzung hat der Senat selbst eine „objektive Datenerfassung“ genannt. Dass diese Voraussetzung noch lange nicht erfüllt ist, zeigt, wie schwer es ist, eine Gleichung mit mehreren Unbekannten zu lösen, wenn man die Grundrechenarten nicht beherrscht. Meint Jürgen Biele



Eine tolle Idee: KidsGarden in Neukölln Ein Platz für Kinder

Im „tiefsten Neukölln“, im Reuterkiez, zwischen Friedel- und Hohrechtstraße und den Brandwänden der angrenzenden Häuser gibt es eine wahrliche Natur-Oase, den KidsGarden. Im Konzept als NaturSpielGarten angelegt, können hier Kinder mitten im Stadtgebiet frei und ungestört spielen und die Natur erleben. Schon über 250 Kinder haben hier Boden, Wasser und Pflanzen „erfasst und erforscht“. Haben auf eigenen Beeten Gemüse, Obst und Blumen angepflanzt und gepflegt und geerntet. Und lernen dabei spielend Verantwortung für Natur und Umwelt zu übernehmen, und sie genießen dabei auch die Früchte ihrer Arbeit: leckere Erdbeeren, Tomaten und den aromatischen Salbei.

Hier im dichtbesiedelten Reuterkiez trägt dieses Projekt ganz erheblich zur sozialen und ökologischen Aufwertung dieses Quartiers bei. Besser kann Umwelterziehung und -bildung nicht in die kindliche Lebenswelt integriert werden!

Der KidsGarden hat sich für die anwohnenden Kinder und deren Eltern zu einem wichtigen Ort des Austauschs und der Gemeinsamkeit entwickelt. Seine Entstehung verdankt der Garten in erster Linie bürgerschaftlichem Engagement aber auch der immer wohlwollenden Unterstützung von Senat und Bezirk. So wurde das Grundstück im Rahmen des Sanierungsgebietes „Kottbusser Damm Ost“ als Fläche für Gemeinbedarf definiert. Der Verein Grün für Kinder e.V. konnte für diese Fläche einen Nutzungsvertrag über zunächst 10 Jahre abschließen. In diesem Verein „Grün für Kinder e.V. / Trägerverbund für Umweltbildung und -erziehung“ haben sich Eltern-Kind-Gruppen, Kinderläden und Kinderprojekte aus der Umgebung zusammengeschlossen und nutzen und bewirtschaften seit 1998 gemeinsam den NaturSpielGarten „KidsGarden“.

Das Projekt lebt von der ehrenamtlichen Mitarbeit zahlreicher Vereinsmitglieder und -freunde. Privates und ehrenamtliches Engagement, die Unterstützung kommunaler Stellen sowie die Bereitstellung von Finanzmitteln

zur Durchführung des Vorhabens haben gezeigt, wie bürgernahe und soziale Stadtgestaltung in Zukunft aussehen kann.



Silke Kirchhof vom Verein „Grün für Kinder“ erläutert dem grünen Bezirksverordneten Bernd Szczepanski Zukunftspläne

Foto: jüb

Stimmen der Nutzerinnen und Nutzer des KidsGarden:

Eltern der Waffelbande e.V. aus dem Reuterkiez: *Der Garten ist eine Oase der Ruhe und der Sicherheit für uns und unsere Kinder von klein auf.*

Tarzan und Isolde e.V.: *Die Fläche des KidsGarden ist für unsere Kinder und Erzieher/innen, sowie für die Eltern ein Stück grünes Paradies im Großstadtschungle.*

Die interkulturelle Mädchengruppe von Lebenswelt: *Die Mädchen fühlen sich hier fröhlich und unbeschwert, sobald sie den Garten betreten.*



Im KidsGarden gibt es einen Teich,... seit einigen Jahren leben drei Karpfen in ihm. Ein wunderschöner Steg führt über den Teich, der die Kinder dazu bewegt, sich hinzusetzen und dem bunten Treiben zuzusehen.

Foto: jüb

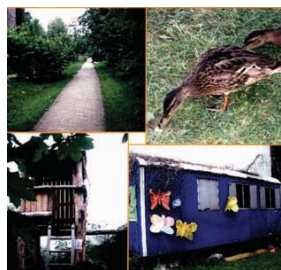


Foto: Repro

Eltern- und Kindergruppe Sonnenblumen: *KidsGarden ist einer der wenigen Orte hier in der Stadt, an dem die Kinder aktiv werden und „arbeiten“ können. Sie modellieren die Erde, säen, gießen die Pflanzen und ernten ihr Gemüse und ihre Früchte.*

Termine 2008

Tag der offenen Tür im Rahmen des „48 Stunden Neukölln“: **Traumland hinter bunten Mauern** KidsGarden, der ökologische NaturSpielGarten im Neuköllner Reuterkiez, lädt Klein und Groß zum Tag der offenen Tür ein! Hier könnt ihr beobachten, spielen und träumen. Oder bei der Blumen-Ralley die geheimen Pfade des Gartens erkunden. Außerdem wartet ein Kinder-Überraschungsprogramm auf euch. Samstag, 21. Juni 2008, 15 - 18 Uhr Sonntag, 22. Juni 2008, 14 - 18 Uhr.

Führung und Mitmach-Ralley im Rahmen des „Langen Tags der StadtNatur“

GartenAktiv – Blumen-Ralley Erlebt den Garten hautnah: Sucht die Blumen und Früchte des Sommers auf einer spannenden Rallye durch den Garten. Oder erklimmt das Baumhaus, baut eine Sandburg und versteckt euch im Weidentunnel. Samstag, 5. Juli 2008, 16 - 18 Uhr, Sonntag, 6. Juli 2008, 12 - 16 Uhr

Führung Was versteckt sich hinter den bunten Mauern?

Die grüne Oase inmitten des Großstadtschungels? Wir laden Sie ein zu einer geführten Besichtigung mit Informationen zu den Zielen des Vereins und zur Entstehung und Zukunft des Gartens. Samstag, 5. Juli 2008, 16 - 17 Uhr.

Grün für Kinder



Damals war's ...

Berlin stimmt ab: Mietpreisbindung als Dauerrecht
Neuköllner Stachel Kostenlos
Zeitung der Alternativen Liste – Bezirksgruppe Neukölln

... vor 25 Jahren:

Im Juni 1983 war im Neuköllner Stachel, Zeitung der Alternativen Liste zu lesen:

Verkehrsberuhigung am Richardplatz

Der vom Senat von Berlin durchgeführte städtebauliche Wettbewerb zur Platzumgestaltung des Karl-Marx- und des Richardplatzes ist entschieden. Nun kann der Umbau erfolgen. Vielleicht entsteht ein kleiner Lichtblick in unserem düsteren Neukölln.

Durch den Umbau dieser beiden Plätze soll auch ein Beitrag zur Verkehrsberuhigung in Rixdorf geleistet werden. Dies ist zu begrüßen.

Bisher ist vorgesehen, durch die Schließung des Verbindungsstückes zwischen diesen beiden Plätzen die Durchfahrt in Ost-West-Richtung und umgekehrt zu unterbinden. Zwangsläufig wird sich dann der Verkehr andere Wege durch Rixdorf bahnen.

Unser Konzept geht davon aus, den Durchgangsverkehr möglichst völlig aus Rixdorf zu verbannen.

Die Verbindung zwischen Sonnenallee und Karl-Marx-Straße besteht im Norden über Ganghofer- und Innstraße; im Süden sollte nur die Saalestr. als Verbindung dienen. Anhand der Verkehrsdaten und der örtlichen Gegebenheiten haben wir nachgewiesen, dass die Saalestr. die sinnvollste Verbindung darstellt und auch geeignet ist, den Durchgangsverkehr aufzunehmen.

Wir wollen, daß der Verkehr langsamer und behutsamer in alle Richtungen fließt. Sinnvoll und in der Wirkung effektiv ist Verkehrsberuhigung an einigen zentralen Plätzen, wie dies ja bereits mit dem Karl-Marx- und dem Richardplatz begonnen wird. „Abkürzungen“ durch Rixdorf, für den Durchgangsverkehr, werden dann ineffektiv.

Ein Vorteil dabei ist, daß auf diesen einzelnen Plätzen nicht nur etwas gegen den durchbrausenden Autoverkehr getan werden kann, sondern gleichzeitig für die Bewohner nutzbare Freiräume geschaffen werden können.

Gerade diese Plätze weisen, in dem eng bebauten und durch dicht beschattete Straßenzüge geprägten Rixdorf, die sonnigsten Stellen auf. Warum sollen hier nur Autos fahren und nicht auch Kinder spielen und Erwachsene auf Bänken entspannen oder kurz verschlafen?

Der letzte Punkt

„Elitär“ sind jene, die ihre geistigen und finanziellen Mittel verwenden, um vorhandene Missstände zu beseitigen. Die Förderung von Bildung, Kultur und sozialer Kompetenz ist eine „elitäre“ Aufgabe, um die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen. Reichtum zu besitzen, ohne gleichzeitig der Gesellschaft, aus der dieser Wohlstand kommt, etwas zurück zu geben, ist nicht Elite, sondern „Heuschrecke“.

